



Rede zum politischen Aschermittwoch

Bürgerhaus Kleinlinden

Zum Weiher 33

9. März, 19 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zeit der Narren ist heute vorbei. Jedenfalls derer, die sich bewusst karnevalistisch als solche bekennen.

SPD- Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ist vom Stockacher Narrengericht zu einer „Strafe“ von viereinhalb Eimern Wein zu je 60 Litern verdonndert worden. Die 660 Jahre alte Fastnachtsinstitution des Städtchens in der Nähe des Bodensees sprach ihn am Donnerstagabend unter anderem des „Verrats an der linken Sache“ schuldig, da die SPD in manchen Umfragen mittlerweile von den Grünen überholt werde. Zudem wurde die SPD für ihre Forderungen nach der Rente 67 und mehr Frauen in Führungspositionen gerügt.

Steinmeier konterte die Anklage sei steinzeitlich, das hohe Gericht in seiner „Narrenburka“ erinnere ihn an „vordergermanische Häuptlinge“ und der Ankläger gar an einen „badischen Westentaschen-Mudschahedin“. Des weiteren seien ihm solch abgelegene Orte wie Stockach nicht einmal in seiner Zeit als Außenminister untergekommen. Zuspruch erhielt Steinmeier in seiner Verteidigung auch vom Fürsprech, der bemerkte, dass Steinmeier für die aktuellen Umfragewerte der SPD genauso wenig verantwortlich sein könne, wie Gregor Gysi für den momentanen Wirtschaftsaufschwung.

Zu diesem karnevalistischen Szenario möchte ich gerne drei Anmerkungen machen:

Dass die SPD wegen der Rente 67 gerügt wird ist zwar nicht schön, aber es ist gut.

Dass die SPD wegen ihrer Position zu Frauen in Führungspositionen gerügt wird ist dagegen nicht schön, aber wahrscheinlich unvermeidlich und dennoch falsch.

Dass Frank-Walter Steinmeier für die Umfragewerte der SPD mehr verantwortlich ist, als Gregor Gysi für den Aufschwung möchte ich aber ausdrücklich unterstreichen. Er ist für diesen Aufschwung auch mehr verantwortlich, als Rainer Brüderle.

Für die Umfragewerte der CDU/CSU dürften allerdings weder der eine, noch die beiden anderen, die Hauptverantwortung tragen. Diese werden doch wohl eher von freiherrlichen Auf-, Ab- und Rücktritten beeinflusst. Die Frage ist hier nur: In welche Richtung?

Aus der Presselektüre der letzten Wochen konnte jedenfalls gelegentlich der Eindruck entstehen, dass der Fürst von Guttenberg bei seiner sicherlich anstehenden Wiederauferstehung zweifellos, wie der Herr Jesus persönlich, den Weg zu Fuß über den Königssee wählen werde.

Bis dahin bestehen sehr gute Aussichten, das Schloss Guttenberg zu einer Pilgerstätte zu machen. Der rechte Eingang ist dann für diejenigen, die für die politische Auferstehung zu Guttenbergs beten wollen. Der linke Eingang dagegen bietet Zutritt zu einem Copy and Paste Workshop für angehende Doktoranden.

Wie sieht eigentlich die politische Bilanz von zu Guttenberg aus?

Auf der Sachebene stelle ich fest: Sie ist mehr als ernüchternd! Ein einsames Nein zur Rettung von Opel, drei voreilig erlassene Obersoldaten und dazu noch eine angefangene, aber offensichtlich nie zu Ende gedachte Bundeswehrreform.

Es entsteht doch unweigerlich der Eindruck, dass die wesentlichste Funktion politischen Handelns in jedem dieser Fälle darin bestand, den Freiherrn selbst ins „rechte“ Licht zu rücken! Der Zuspruch zu diesem Mann hat jedenfalls andere Ursachen, als die sehr nüchterne Bilanz dieser Leistungen.

Wenn nun die Zeit der Narren, in der wir alle sicherlich Guttenberg satt genossen haben, ein Ende findet, sollten wir doch einen ersten nüchternen Blick auf die nun mehr leere Bühne werfen, die Dr. del., wohl vorübergehend, verlassen hat.

Die angesehene „Zeit“ schreibt dazu: *„Er verdankt seine Popularität einerseits der romantischen Sehnsucht nach Leidenschaft, Intensität, Tragik und andererseits der ihm zugeschriebenen mutigen Entscheidungsfreude- all den Dingen eben, die in der nüchternen, kargen Politik des liberaldemokratischen Politikdiskurses fehlen.“*

Ist diese Analyse nicht ein wenig zu kurz geraten? Schont sie die politische Klasse in Deutschland nicht zu sehr?

Die Sehnsüchte nach Klarheit, Wahrheit, politischer Leidenschaft und politischer Alternative scheinen mir durchaus legitim zu sein. Selbst wenn es sich beim Freiherrn ohne Dokortitel nur um Scheinklarheit, Scheinwahrheit und Scheinalternativen handelt: In der dünnen Luft der Berliner Politik griffen und greifen offenbar viele (noch) Nichtwähler nach dem freiherlichen Strohalm!

Wenn wir uns das ganze aufgeblasene, gegelte Gehabe wegdenken, das sich als Projektionsfläche anbot, vielleicht ist diese Projektion seitens der Menschen ein Ausdruck des Verlangens nach einer anderen Form der Politik und ein Versuch der Sinnstiftung. Ist die *„Sinnentleerung der Politik für die Moderne konstitutiv“*, wie die *„Zeit“* weiter schreibt? Ist Politik tatsächlich zu sehr Verwaltung von Sachzwängen, statt Gestaltung von Wirklichkeit?

Politik, die für die Mehrheit der Menschen Antworten gibt, macht Sinn und ist keineswegs sinnentleert. Demokratie verleiht Macht auf Zeit und Macht für zuvor versprochene Ziele.

Passend dazu taucht in Frankreich, am ganz anderen Ende der politischen Werte- und Verhaltensskala, nun unpräzioser 93 Jahre alter Mann auf und macht Furore mit seinem Aufruf: „Empört Euch!“. Der ehemalige französische Widerstandskämpfer und Überlebende mehrerer deutscher Konzentrationslager, Stéphane Hessel, schreibt in seinem Aufruf:

„Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten der sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld fehlen, da doch die Produktion seit der Befreiung beträchtlich gewachsen ist, während Europa damals in Trümmern lag?

Das ist nur möglich, weil die von der Résistance bekämpfte Macht des Geldes niemals so groß, so anmaßend und egoistisch war wie heute und bis in die höchsten Ränge des Staates hinein über eigene Diener verfügt. Die inzwischen privatisierten Banken kümmern sich nur noch um ihre Dividenden und die gewaltigen Einkommen ihrer leitenden Manager, aber nicht um das Gemeinwohl. Noch nie hat man den Wettlauf ums Geld, die Konkurrenz, so sehr ermuntert.

Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Geistesleben und die ganze Gesellschaft dürfen nicht abdanken und sich von der Diktatur der internationalen Finanzmärkte beeindrucken lassen, die den Frieden und die Demokratie bedrohen.“

Dieser Aufruf ist doch sehr prägnant! Wir brauchen, ja wir lechzen geradezu nach Politik, die sich nicht unter die Finanzmärkte, Bankeninteressen und Bild-Redaktionen unterordnet.

Das Trauerspiel der praktisch vollständigen Verweigerung jeder ernsthaften Krisenkonsequenz bleibt schließlich niemandem verborgen. Die Menschen wissen, dass sie für die Party der Gier bezahlen müssen, zu der sie nie eingeladen worden sind. 9000 Euro pro Bundesbürger sind das mindestens und niemand, vom frisch Geborenen bis zum Greis, ist ausgeschlossen. Die Bürger haben noch die Sprüche über Konsequenzen, die aus der Finanzmarktkrise gezogen würden, in den Ohren. Aber viele, wie ich auch, haben bisher keine einzige, ernsthafte Konsequenz gesehen.

Hier könnte Politik ganz ohne Gel, aber mit viel Verstand, Klarheit, Wahrheit, politische Leidenschaft und politische Alternative vereinen!

Wer da Berlin schon zum Gähnen findet, der war noch nie in Brüssel! Gibt es wenigstens dort einen Plan für die Zukunft Europas?

Geht es Ihnen nicht auch so? Irgendwie hat man den Eindruck, dass die Politik richtiggehend einknickt vor den mächtigen Finanzmärkten, vor den Casinos, in denen unser Geld und damit auch die Zukunft unserer Kinder verspielt wird! Man hat das Gefühl, dass die Interessen und Interessen, die uns erst die Wirtschaftskrise bescherten, die Politik im Griff haben und nicht umgekehrt, wie es sein sollte!

Ich vermisse Politik, die den sinnentleerten Berlusconi, Sarkozys und zu Guttenbergs das zutiefst demokratische Eintreten für die Interessen der Menschen entgegen stellt. Das ist nicht sinnentleert, sondern bitter notwendig!

Guttenberg war und ist ein Blender, doch sein Blendlicht brauchte erst viel Dunkelheit, um so leuchten zu können! Seine aufgeblasene Selbstinszenierung war nur möglich, weil auf der Bühne so viel Platz für Pop, statt Konzept, war.

Sicher, der politische Prozess lässt sich nicht romantisieren. Hohe Betriebstemperatur ist hier auch keine Garantie für Konsistenz. Aber warum ist „powered by emotion“ das Alleinstellungsmerkmal eines aufgeblasenen Blenders?

Die bereits zitierte „Zeit“ schreibt, es sei keine notwendige Voraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen, dass sich die Bürger für die Politik begeistern. *„Ein Hoch auf die grauen Mäuse“!*

Ich habe nichts gegen graue Mäuse. Schließlich hat Speedy Gonzales uns immer gezeigt, dass die ganz schön was hinkriegen. Aber: Wie wäre es denn, wenn es in der Politik mal wieder um etwas geht? Themen gibt es schließlich einige.

Zum Beispiel etwas, wofür der ehemalige Bundespräsident noch zurücktreten musste: Wir führen Krieg und das hat auch wirtschaftliche Interessen als Hintergrund. Ausgerechnet das sprach dann zu Guttenberg aus. Ich glaube, er tat es nicht der Wahrheit wegen. Es war einfach „hip“. Warum aber wird das von keiner Person ausgesprochen, die daraus auch seriöse und klare Schlussfolgerungen zieht?

Oder wenn die nicht nur kinderreiche, sondern auch sonst ziemlich reiche Süßholzraspel aus Hannover die Kinder der Armen „benutzt“, ist das nicht vielleicht dasselbe, wie bei KT, der den Tod seiner Soldaten für „benutzt“ hat? Das Gleiche ist es schon!

Ein anderes Beispiel: Der Vermittlungsausschuss. Es wurde eine Einigung erzielt, welche an vielen Stellen zwar durch die SPD noch verbessert wurde.

Dennoch bedeutet diese Einigung einen unverantwortlichen Raubbau an der Arbeitslosenversicherung. Die kürzlich beschlossenen Maßnahmen führen dazu, dass die Bundesagentur für Arbeit wieder in die Schuldenfalle getrieben wird. Und das hat unvermeidlich zur Folge, dass entweder die Beiträge erhöht werden müssen, oder Kürzungen für Arbeitslose vorgenommen werden. Der getroffene Hartz IV Kompromiss wird also wieder auf dem Rücken der Beitragszahler und der Arbeitslosen ausgetragen.

Auch von einer Einigung zu „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde im Vermittlungsausschuss nicht erzielt!

Fast eine Million Menschen sind heute in Deutschland als Leiharbeiter tätig. Sie erhalten für die gleiche Arbeit nur 40, 50, wenn es hoch kommt 60 Prozent von dem, was der Kollege neben ihnen für exakt die gleiche Arbeit bekommt.

Viele Leiharbeiter werden nach Tarifverträgen bezahlt, die das Bundesarbeitsgericht im Dezember für ungültig erklärt hat. Diese Tarifverträge wurden ausgehandelt von einer Scheingewerkschaft, die sich zu allem Übel auch noch „christlich“ nennt. Stellen Sie sich das mal vor: Da handelt ein Verein, der faktisch keine Mitglieder hat, zu Gunsten von bis zu einer Million Menschen Gefälligkeitslöhne aus, die nur den Interessen der mittlerweile 22.000 Leiharbeitsunternehmen dienen! Das oberste, dafür zuständige, Gericht hat die Unzulässigkeit dieses Vertrags bereits erkannt. Aber acht Wochen später verweigert die Bundesregierung dennoch die Zustimmung zum Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Vermittlungsausschuss!

Das alles findet statt, nur wenige Wochen bevor am 01. Mai 2011 die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.

Zu diesem Thema fand auch am letzten Wochenende eine Messe statt. Dort präsentierten 16 Zeitarbeitsfirmen ihre Dienstleistungen. Rund 6.200 Arbeitslose wurden dazu von der Arbeitsagentur eingeladen. Die operative Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Gießen äußerte sich in diesem Zusammenhang positiv über die Zeitarbeit, auch wenn die Übernahmezahlen in diesem Bereich häufig nur bei 7 Prozent liegen.

Derzeit gibt es in Gießen 33 und im Landkreis 70 Leiharbeitsfirmen. Bereits 22.000 Leiharbeitsfirmen gibt es in der Bundesrepublik.

Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung bleibt den Betroffenen für 40 (oftmals sogar mehr) Stunden harte, häufig auch ungesunde, Arbeit weniger als 1000 Euro Netto im Monat. Über 30 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Leiharbeitskräfte kommen auf weniger als 1.200 Euro brutto (!) im Monat. Im Osten ist der Anteil sogar bei 50 Prozent! Viele sozialversicherungspflichtig beschäftigte Leiharbeiter sind zudem auf eine ergänzende Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen. Dieser Anteil hat sich innerhalb eines Jahres sogar um 60 Prozent erhöht!

Den, den Menschen vorenthaltenen Lohn, stecken viele Verleih- und Entleihunternehmer in die eigene Tasche. Wohingegen die Beitragszahler den mickrigen Lohn der Leiharbeiter auf Hartz IV Niveau aufstocken! Was ist das für eine Logik?

Es ist eine Logik, die jeden noch so unverantwortlichen Drecksbeutel der sich Unternehmer nennt, zum Beispiel in der Leiharbeit, zum arbeitschaffenden Wohltäter umdefiniert. Statt ihm zu unterstellen, dass er schlicht und einfach an seinen eigenen Vorteil denkt und dreist alle vorhandenen Spielräume nutzt, die ihm die Möglichkeit und das Recht dazu geben.

Neben dem dramatischen Lohnunterschied bringt Leiharbeit zusätzlich oft auch Isolierung und Entsolidarisierung mit sich. In den meisten Firmen ist für die Anheuerung der Leiharbeiter nicht die eigene Personalabteilung zuständig, sondern die Einkaufsabteilung. Es scheint so, als handele es sich nicht um Menschen, sondern um Schrauben, Stahlblech, oder, pardon, tiefgefrorene Schweinehälften!

Die stark exportorientierte Metall- und Elektroindustrie hat die Krise mit voller Wucht abbekommen. Dass dies fast überall ohne Kündigungen bewältigt wurde, fand nicht wegen Hartz IV statt, sondern vielmehr trotz Hartz IV.

Die vorrangigen Motive der Hartz IV Gesetze waren ja: Sozialausgaben einsparen, der Aufbau von Sanktionen (unmittelbar) für Transferleistungsempfänger (mittelbar nicht nur für die Sanktionierten) und der Aufbau eines Niedriglohnsektors (zum Beispiel über Leiharbeit)- Es waren keynesianische Konjunkturprogramme wie die Abwrackprämie, die die Beschäftigung stabilisiert haben. Es war die alte Kurzarbeit, finanziert durch ein funktionsfähiges, paritätisches Sozialsystem, dass die Grundlage dafür geboten hat.

Es ist eben jenes sozialstaatliche Prinzip, dass viele auf dem Scheiterhaufen neoliberaler Ideologie verfeuern wollen und aus dessen paritätischer Mitfinanzierung sich die Bundesregierung bei der Gesundheitsreform verabschiedet hat.

Vor allem aber waren es Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die selbst Monat für Monat schauen müssen, dass sie irgendwie über die Runden kommen. Sie gingen in Kurzarbeit, mit erheblichen Einkommensverlusten als Folge. So haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhindert, dass ein Teil von ihnen entlassen wurde.

Damit haben die Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften nicht nur ein solidarisches Meisterstück abgeliefert. Sie haben dazu noch ein Gegenmodell zum neoliberalen Credo geschaffen, welches besagt, dass wenn jeder an sich selbst denkt, auch an alle gedacht ist.

Damals war „Sozialpartnerschaft“ und Mitbestimmung angesagt. Aber jetzt nach der Krise ist von einer Partnerschaft nichts mehr zu spüren! Was wir daraus lernen können ist, dass viele Arbeitgeber Sozialpartnerschaft „auf Augenhöhe“ nur dann akzeptieren, wenn ihnen „der Hut

brennt“. Oder wenn Belegschaften und Interessenvertretung ihnen glaubhaft machen können, dass sie in der Lage sind ihnen den Hut anzuzünden!

Dieses Prinzip gilt offenbar auch für Teile der Politik: Die Neoliberalen standen in der Krise mit herunter gelassenen Hosen vor den Trümmern ihrer Ideologie, dass grenzenlose Gier für alle gut sei.

Die Würde der Menschen ist unabdingbar. Sie kann nicht ein- und ausgeschaltet werden. Auch nicht aus angeblichen Sachzwängen. Max Frisch sagte einmal: *„Sie wollen Arbeitskräfte, aber es kommen Menschen.“* Insbesondere die Leiharbeit macht uns deutlich, wohin es führt, wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind.

In Betrieben und Unternehmen muss gelten:

Nur wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Menschen respektiert sind, können unternehmerische Ziele wie Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsvorsprünge erreicht werden. In der Sozialpolitik muss Emanzipation und nicht Fürsorge als erstes Ziel gelten.

„Die durch sozialstaatliche Sicherungen verbürgte Angstfreiheit der Menschen ist der demokratischen Substanz unserer Gesellschaftsordnung zugute gekommen“ schrieb Oskar Negt vor einem Jahr.

Anlässlich des Jahrestages der Beschließung möchte ich gerne auch noch die Rente mit 67 zum Thema machen.

Die SPD hat nun endlich Abstand genommen von einer, den Menschen abgewandten, Reformattitüde. Deshalb weist der erreichte Diskussionsstand in die richtige Richtung: Das Renteneintrittsalter an die Beschäftigungschancen und –möglichkeiten älterer Menschen zu binden ist ein erster richtiger Schritt, der allerdings noch nicht weit genug geht.

Am 09. März 2007 wurde im Deutschen Bundestag die Rente mit 67 beschlossen. Aus diesem Anlass hat die IG Metall im Bezirk Frankfurt die Einstellungspraxis der Metall- und Elektrounternehmen überprüft. Als Ergebnis konnten wir beobachten, dass Betriebe der Metall- und Elektroindustrie in Hessen kaum Menschen einstellen, die älter als 50 Jahre alt sind. Das ergab eine Umfrage in den 27 Verwaltungsstellen des Bezirks, an der über 350 Betriebe mit mehr als 160.000 Beschäftigten teilgenommen haben.

Es ist ein düsteres Bild, was die Beschäftigungschancen Älterer angeht: In den Betrieben des Bezirks sind 13 Prozent aller Beschäftigten zwischen 50 und 60 Jahre alt. Nur 2,7 Prozent sind über 60. Damit liegt die Quote der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Älterer in der Metall- und Elektroindustrie deutlich unter der Quote anderer Branchen.

Die Metall-Arbeitgeber haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht! Während die Arbeitgeberverbände die Rente mit 67 beklatschen, setzen die Unternehmen weiterhin auf junge, „olympiareife“ Belegschaften.

Die Arbeitsbedingungen sind vielfach unzureichend, die Arbeitsbelastung ist in vielen Fällen zu hoch. Hinzu kommt hier auch die stetig und rasant ansteigende Leiharbeitsquote.

Auch bei den Neueinstellungen bleiben ältere Beschäftigte außen vor: Im Bezirk waren nur 6,6 Prozent aller neu sozialversicherungspflichtig Eingestellten älter als 50 Jahre.

Wir brauchen daher dringend flexible Ausstiegsmodelle für ältere Beschäftigte!

Die Alterssicherungspolitik der Vergangenheit hat dies durch die Streichung von Rentenzugangsarten, durch die Anhebung der Altersgrenzen und durch die Senkung des Rentenniveaus massiv erschwert. Deshalb ist ein Kurswechsel in der Alterssicherung dringend notwendig!

Ich fordere eine „Initiative für den flexiblen Übergang in die Altersrente“. Diese soll sich an Politik, Arbeitgeber und Öffentlichkeit richten. Statt der starren, unflexiblen Rente mit 67 brauchen wir flexible und sozialverträgliche Optionen des Übergangs.

Wer aber zulässt, dass über massenhafte Leiharbeit und massives Lohndumping den Rentenkassen Milliarden Euro an Einnahmen entzogen werden, der sollte dafür nicht die Rentner finanziell bluten lassen, sondern den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen!

Aus aktuellem Anlass will ich hier auch noch auf die Schuldenbremse eingehen. Dazu erst ein paar Fakten: Jede Sekunde wächst das Vermögen des reichsten Zehntels in Deutschland um einen Tausender an, also um das monatliche Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers in Deutschland, oder um die Sicherung der Ernährung für 300 Menschen in Afrika. Dieses Vermögen betrug gestern 4.521.858.885.221 Euro (vier Billionen 521 Milliarden 858 Millionen 885 Tausend Euro).

Die Schuldenbremse wird nicht die Schulden, sondern die Leistungsfähigkeiten des Staates bremsen! Mit der Schuldenbremse droht ein Blankoscheck für den Sozialabbau, denn die staatliche Handlungsfähigkeit wird beschnitten und die Axt an den Sozialstaat angelegt. Zentrale öffentliche Zukunftsinvestitionen können dann nicht mehr getätigt werden. Im Bereich der Bildung wird durch die Schuldenbremse das Geld für notwendige Bildungsausgaben und nötige Lehrerstellen fehlen. Auch ein Stellenabbau bei der Polizei droht und damit wird die öffentliche Sicherheit in Hessen weiter eingeschränkt werden. Das kommunale Gesundheitswesen wird durch die Schuldenbremse weiter ausgedünnt und damit wird die solidarische, flächendeckende Gesundheitsfürsorge unabhängig von Einkommen und Wohnort gefährdet. Das ist längst nicht alles. Es besteht das Risiko, dass die hessische Infrastruktur kaputt gespart wird. Öffentliche Straßen und Gebäude werden nicht mehr saniert, auf die ökologische Modernisierung der hessischen Verkehrsinfrastruktur wird verzichtet. Das hat weitere Privatisierungen zur Folge. Gerade in den hessischen Kommunen und Dörfern untergräbt die Schuldenbremse das soziale Zusammenleben, denn Vereinsarbeit und Dorfgemeinschaftshäuser werden ohne staatliche Unterstützung nicht überleben können.

Wir alle haben die Entwicklung in den nordafrikanischen Staaten in der letzten Zeit beobachtet. Auch dieses Thema lässt uns nicht unbeeindruckt. Es zeigt: Der Versuch die Finanzkrise als Unfall zu kaschieren führt zu dramatischen Folgen in der Realität. Kaum war die Finanzkrise zur Schuldenkrise unsolider Staaten umdefiniert, setzte die deutsche Industrie die Rohstoffspekulation auf ihre Agenda. Mit China im Blick wurde schleunig eine EU-Rohstoffstrategie gezimmert. Unbeachtet blieben dabei explodierende Nahrungsmittelpreise- bis sich die Völker südlich des Mittelmeeres gegen bisher so zuverlässige Machthaber auflehnten. Korruption, Folter und Entmündigung gelten sicher zu Recht als Ursachen für die massiven Proteste in der arabischen Welt. Allesamt sind sie von Despoten zu verantworten, die gestern noch für die politische Führung hierzulande als hoch angesehene „Partner“ galten. Dass aber mindestens eine Ursache dieser Revolten und Revolutionen in der schlichten Tatsache begründet ist, dass es den Menschen von Jahr zu Jahr materiell immer schlechter geht, wird schlichtweg ignoriert. Auch die Frage, warum das so ist, wird vollständig ausgeblendet. Fakt ist: Um den Totalabsturz der Weltwirtschaft zu verhindern wurden die Verursacher der Krise, die Finanzmärkte, seit September 2008, mit billigem Geld geflutet. Banken wurden gerettet, fast ohne Bedingung und Gegenleistung! Das billige Geld wurde nicht selten für einträgliche Wetten auf steigende Weizen-, Reis- und Maispreise, statt für reale Investitionen verwendet. Als Folge sind die Lebensmittelpreise weltweit mittlerweile so hoch wie nie. Der Getreidepreis hat im letzten Monat sein Allzeithoch von 2008 überschritten.

Konkret heißt das: Der Preis für ein Fladenbrot hat sich in Kairo in den letzten Wochen des Mubarrak-Regimes vervierfacht. Bei einem durchschnittlichen Tageslohn von 1,44 Euro kostet ein Fladenbrot 30 Cent. Zum Vergleich: Das wäre so, als würde hierzulande (bei einem Einkommen von 66 Euro täglich) ein Fladenbrot 14 Euro kosten!

Die Preissteigerungen stehen in keinem Verhältnis zum Ernteausschlag durch den Klimawandel. Im Jahresverlauf 2010 sank die Produktion von Getreide und Reis nur um 1 Prozent, deren Preise stiegen allerdings um 40 Prozent an.

Auch mit steigenden Produktionskosten oder wachsender realer Nachfrage hat dieser Preisschub kaum etwas zu tun. Die Weltnachfrage nach Rohöl ist seit 2004 um wenig mehr als 1,2 Prozent pro Jahr gestiegen, der Rohölpreis hingegen um mehr als 250 Prozent.

Die explosionsartigen Preissteigerungen bei vielen Rohstoffen und Agrarprodukten, sowie die abrupten Preisschwankungen haben eine Ursache: Spekulation.

Allein Goldman Sachs machte 2009 mit Rohstoffderivaten 5 Milliarden US-Dollar Gewinn. Ähnlich verlief es auch bei Merrill Lynch und der Deutschen Bank.

Deren Fondsmanager sind nicht an Weizen, Reis oder Öl interessiert. Ihr Interesse liegt in den Kursschwankungen. Daher halten sie sowohl Kauf- als auch Verkaufpositionen desselben Rohstoffs.

Diese Positionen steigen dramatisch an. Finanziert wird dies unter anderem mit dem Rettungsgeld der Bürger, mit den Rentenkürzungen griechischer Bauern und mit den Lohnkürzungen irischer Polizisten.

Bei Weizen (aus dem das ägyptische Fladenbrot besteht) wurde das Spekulationsvolumen von 2,4 Millionen Tonnen auf 23,1 Millionen Tonnen getrieben. Bei Reis stieg es von 13.000 Tonnen auf 141.000 Tonnen und bei Öl von 41 Milliarden Liter auf 147 Milliarden Liter. Fakt ist: Die Verursacher der Wirtschaftskrise spielen Rohstoffmonopol auf unsere Kosten und mit unserem Geld! Sie profitieren hierbei gleich doppelt: Sie sichern Unternehmen über Termingeschäfte gegen die stark schwankenden Preise ab und indem sie in großem Stil spekulieren, verstärken sie die Preisschwankungen, gegen die sie ihre Kunden versichern. Je heftiger die Ausschläge an den Märkten sind, desto teurer ist das Absicherungsgeschäft. Daraus folgt: Am Ende gewinnt immer die Bank!

Riesige Gewinne bei geringem Risiko. Kein Wunder dass sich alle großen Anleger, ob Investmentbanken, Pensionsfonds, Versicherungskonzerne oder Hedgefonds, derzeit an den Warenterminbörsen und im spekulativen Handel mit Rohstoffen tummeln. Die größten Preistreiber sind führende Häuser der Wallstreet: Goldman Sachs, Morgan Stanley, JP Morgan Chase, die französische Société Générale und die Deutsche Bank. Bis zu 60 Prozent Preissteigerungen beim Erdöl gehen im wahrsten Sinne des Wortes auf ihr Konto. Mit über 4 Billionen Dollar sind alleine die amerikanischen Banken beteiligt.

Nicht nur steigende Rohstoffpreise, sondern auch steigende Nahrungsmittelpreise sind die Folge. Sie erhöhen die Zahl der Hungernden. Weltweit hungern 925 Millionen Menschen. Ende 2009 gab es 100 Millionen Hungernde mehr als noch vor 5 Jahren.

Um Jean Ziegler zu zitieren: „*Bei uns ist der Neoliberalismus eine Bedrohung der politischen Handlungsfähigkeit des Staates und der sozialen Ordnung. Für Europa ist er die Antriebskraft einer Abwärtsspirale der sozialen Gerechtigkeit. Auf dem Südteil der Erde ist er die Hauptursache dafür, dass alle fünf Minuten ein Kind an Hunger stirbt.*“

Ich habe eingangs gesagt: Die Sehnsucht nach Klarheit, Wahrheit, politischer Leidenschaft und politischer Alternative scheinen mir durchaus legitim zu sein.

Ja, sie ist sogar legitim!

Statt finanzmarktgetriebener Deindustrialisierung brauchen wir Markt und Wettbewerb. Wir brauchen den Wettlauf um die besten Ideen und Innovationen, die allen nutzen und nicht nur wenigen!

Wir wissen, wie der Hunger in der Welt beseitigt werden kann, wie wir die Umwelt erhalten können ohne die Lebensqualität unserer Kinder aufs Spiel zu setzen und wie sichere Jobs

unter menschenwürdigen Bedingungen aussehen, die nicht krank machen und gerade deshalb wettbewerbsfähig sind!
Besser statt billiger!
Wir nennen das : Gute Arbeit- mehr vom Leben!